

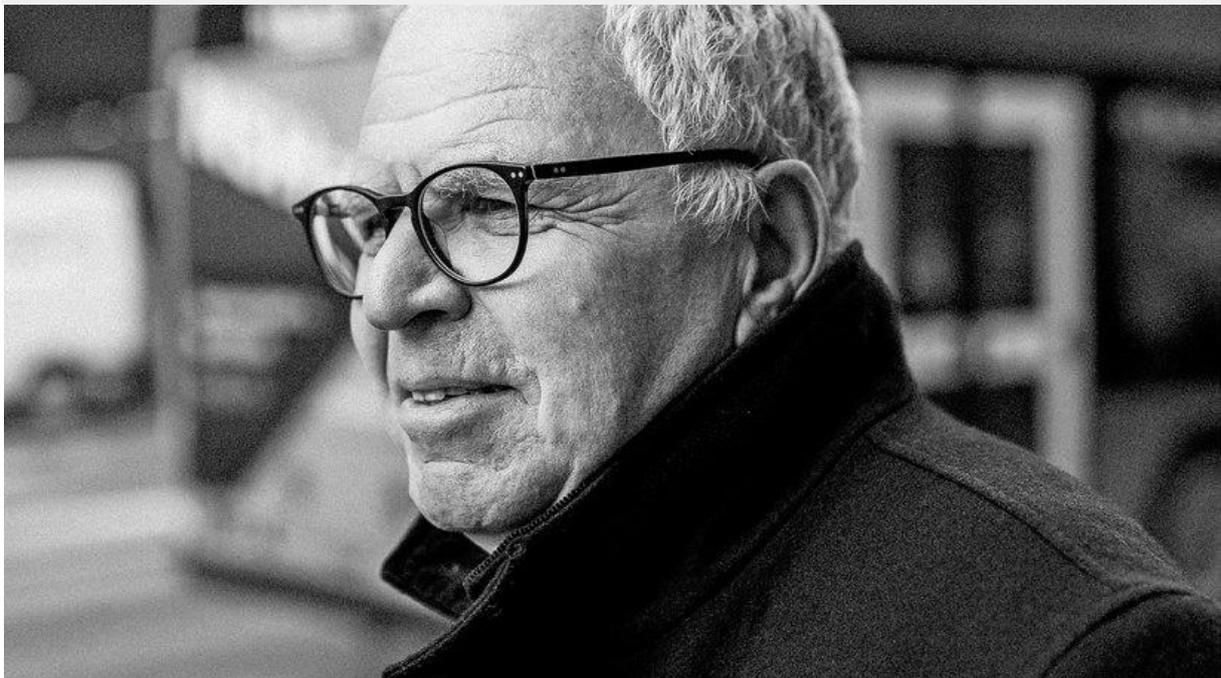
Interview: **Sarah Jäggi** und **Matthias Daum**

1. Februar 2019, 6:05 Uhr

Felix Wolfers: "Die Diskussion wird faktenfrei geführt"

Felix Wolfers ist Präsident der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe. Nun hat er genug und gibt sein Amt ab. Ein Gespräch über die Fragen, wie die Schweiz mit ihren Schwächsten umgeht und ob man sich hierzulande mit fünf Franken am Tag ernähren kann

AUS DERZEIT NR. 06/2019



"Dass wir heute über radikale Kürzungen diskutieren müssen, ist eine sozialpolitische Schande" – Skos-Präsident Felix Wolfers © Fabian Hugo für DIE ZEIT

DIE ZEIT: Herr Wolfers, wenn man in den vergangenen Wochen Ihre Medienauftritte verfolgt hat, bekam man den Eindruck: Da hat einer die Nase gestrichen voll.

Felix Wolfers: Da ist was dran. Die Diskussion ist für mich einerseits eine große zeitliche Belastung: Die rechtsbürgerlichen Parteien fahren eine massive Kampagne gegen die Sozialhilfe. Andererseits ist es eine emotionale Belastung, weil die Diskussion faktenfrei und auf dem Buckel der sozial Schwächsten geführt wird. Etwa mit der durch nichts belegten Behauptung, mit 30 Prozent weniger Sozialhilfe könne man leben.

ZEIT: Ist es clever, gerade jetzt, wenn die Diskussion eskaliert, als Co-Präsident der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (Skos) abzutreten?

Wolffers: Es war immer geplant, dass ich nächstes Jahr zurücktrete.

ZEIT: Wer Ihnen nicht wohlgesinnt ist, könnte sagen: Typisch Linker! Wenn es heiß wird, verdrückt er sich.

Wolffers: Ich leite das Berner Sozialamt in einem 100-Prozent-Pensum. Wenn da noch 10, 15 Prozent dazukommen für die Skos-Leitung, ist das machbar. Aber wenn die Arbeitsbelastung nicht mehr zu handhaben ist, dann muss man die Konsequenzen ziehen.

ZEIT: Die Forderung, wie sie die SVP in mehreren Kantonen stellt, man solle beim Grundbedarf der Sozialhilfe bis zu 30 Prozent sparen, hat Sie sichtlich verärgert.

Wolffers: Es gibt keine einzige Studie, die zeigt, was es heißt, wenn man den Grundbedarf – also das Geld, mit dem ein Sozialhilfebezüger, abgesehen von Wohnung und Krankenkasse, seinen Lebensunterhalt bestreiten muss – um 30 Prozent kürzen würde.

ZEIT: Wie hoch ist dieser Betrag zurzeit?

Wolffers: Monatlich 986 Franken für eine Einzelperson oder 1834 Franken für eine alleinerziehende Mutter mit zwei kleinen Kindern.

ZEIT: Wieso verfangen solche Forderungen?

Wolffers: Vermutlich weil die Diskussion sehr emotional geführt wird und das Vorurteil bedient, dass die unterstützten Personen nicht arbeiten wollen. Die Skos wird weitgehend allein gelassen in dieser Diskussion. Und die Sozialdirektorenkonferenz, die eigentliche Hüterorganisation der Richtlinien, hat keine Mittel, diese durchzusetzen. Jeder Kanton kann am Ende tun und lassen, was er will.

ZEIT: Sie fühlen sich im Stich gelassen.

Wolffers: Vor allem die Mitteparteien halten sich vornehm zurück, und die FDP stimmte in den Kantonen Aargau und Baselland sogar radikalen Kürzungsvorschlägen zu.

ZEIT: Wie erklären Sie sich das?

Wolffers: Der SVP ist es mit ihrer heftigen Kampagne gelungen, die Sozialhilfe schlechtzureden. Dabei wurde gezielt die Ausländerfrage bewirtschaftet. Wir sehen einen ähnlichen Effekt wie in der Asyldebatte: Die FDP fühlt sich verpflichtet, mitzuziehen. Kommt hinzu, dass es keine zivilgesellschaftliche Gegenbewegung gibt.

ZEIT: An wen denken Sie da?

Wolffers: An die Operation Libero zum Beispiel, zu der wir den Kontakt suchten. Aber die sozial Schwächsten sind für Parteien und politische Bewegungen uninteressant. Viele Bedürftige sind nicht stimmberechtigt ...

ZEIT: ... weil sie Ausländer sind ...

Wolffers: ... oder Kinder. Ein Drittel aller Sozialhilfeempfänger ist minderjährig.

ZEIT: Die CVP müsste sich mit ihrer christlichen Orientierung doch um diese Kinder kümmern wollen.

Wolffers: Die CVP habe ich in dieser Diskussion nicht als sozial verantwortungsvolle Partei wahrgenommen.

ZEIT: Was wollen die bürgerlichen Parteien mit solchen Kürzungen erreichen?

Wolffers: Ich weiß es nicht.

ZEIT: Was vermuten Sie?

Wolffers: Dass es ein Mix ist: Die Gemeinden klagen zu Recht darüber, dass ihre Sozialhilfeausgaben steigen. Ein, zwei Flüchtlingsfamilien mit ein paar Kindern können kleine Gemeinden finanziell sehr belasten. Vielleicht braucht ein Kind eine Fremdplatzierung, dann kostet allein diese bis zu 100.000 Franken pro Jahr. Es ist klar, dass das zu lokalpolitischen Verwerfungen führen kann. Doch niemand fragt sich, wie man das Problem lösen könnte.

ZEIT: Wie könnte man es lösen?

Wolffers: Vor allem mit einer gerechten Verteilung der Kosten.

ZEIT: Sie fordern deshalb ein Bundesgesetz für Sozialhilfe.

Wolffers: Der Bund müsste sich bei der Finanzierung stärker engagieren, den Vollzug kann man bei den Gemeinden lassen. In den Kantonen Bern, Freiburg, Jura zum Beispiel funktioniert die Verteilung der Lasten hervorragend. Vor allem in der Zentral- und Ostschweiz gibt es nur einen bescheidenen Lastenausgleich.

"Es gibt kein günstigeres System als die Sozialhilfe"

ZEIT: Wie funktioniert dieser?

Wolffers: Im Kanton Bern wie eine Versicherung: Jede Gemeinde bezahlt pro Einwohner einen Beitrag in einen Topf. Die Gemeinden, welche die sozialen Lasten tragen müssen, erhalten daraus die Unterstützungsleistungen zurück.

ZEIT: Trotzdem gehört Bern zu jenen Kantonen, die nun beim Grundbedarf sparen wollen.

Wolffers: Sozialstaatliche Aspekte und Fakten haben in der aktuellen Debatte nur wenig Gewicht. Man bekämpft aus finanzpolitischen Gründen die Armen und nicht die Armut.

ZEIT: Sie sagten, der SVP sei es gelungen, aus dem Sozialhilfe- ein Ausländerthema zu machen. Da ist etwas dran: 40 Prozent der Sozialhilfebezüger haben keinen Schweizer Pass.

Wolffers: Die Sozialhilfequote der Ausländer ist tatsächlich überdurchschnittlich hoch. Zudem treten viele Personen aus dem Asylbereich in die kantonale Sozialhilfe über.

ZEIT: Die meisten davon sind Eritreer, Afghanen und Migranten aus Somalia und Westafrika.

Wolffers: Genau. Und anders als früher die Tamilen oder Menschen vom Balkan schaffen es zum Beispiel die Eritreer und Somalier häufig nicht, sich aus eigener Kraft beruflich zu integrieren. Viele dieser meist sehr jungen Leute sind noch nicht fit für den Schweizer Arbeitsmarkt. Sie haben weder Berufserfahrung noch einen anerkannten Abschluss.

ZEIT: Was heißt das?

Wolffers: Wir müssen mit allen Mitteln dafür sorgen, dass sie eine Lehre machen können. Auch im Erwachsenenalter. Das ist der einzige Weg, wie man in der Schweiz langfristig eine Familie ernähren kann. Und hier tut sich ja nun auch etwas. Die Integrationspauschale wurde auch auf unsere Empfehlung hin massiv erhöht von 6000 Franken auf 18.000 Franken pro Person.

ZEIT: Trotzdem gibt es schweizweit weiterhin 8000 unbesetzte Lehrstellen.

Wolffers: Das ist eine große Chance für die berufliche Integration von Flüchtlingen. Es braucht aber drei, vier Jahre, bis sich Erfolge zeigen.

ZEIT: Sozialhilfe zu beziehen ist aber bequemer, als eine Ausbildung zu machen.

Wolffers: Die Asylsuchenden stehen bereits heute unter Druck, dass sie Geld verdienen müssen. Nicht nur von uns, sondern auch von ihren Familien. Diese erwarten, dass sie mittelfristig etwas in die Heimat schicken.

ZEIT: Die SVP und die FDP kritisieren genau das: Es dürfe nicht sein, dass Asylbewerber mit Sozialhilfegeldern für den Arbeitsmarkt fit gemacht werden, damit sie mit Rimessenzahlungen ihre Familien in der alten Heimat unterstützen können.

Wolffers: Was wollen Sie? Die Leute sind nun mal hier. Die einzige vernünftige Lösung ist, dass sie mittelfristig ihren Lebensunterhalt selber verdienen. 40.000 Menschen, die hier sind, aber nicht arbeiten, das ist gesellschaftspolitisch nicht toleriert – und nicht tolerierbar.

ZEIT: Man könnte auch sagen: Die sollen selber für sich schauen.

Wolffers: Das ist auch das Ziel. Aber zu Beginn des Aufenthalts in der Schweiz fehlen die Voraussetzungen für die Integration in den Arbeitsmarkt. Der Staat muss deshalb dafür sorgen, dass sie eine menschenwürdige Existenz haben.

ZEIT: Okay, aber was hat die Mehrheitsgesellschaft davon?

Wolffers: Wir haben in der Schweiz kaum Parallelgesellschaften und wenig Kriminalität. Das zeigt, dass die Integration grundsätzlich gut funktioniert.

ZEIT: Nun würden nicht nur Ausländer und Asylsuchende, sondern auch Abertausende Schweizer unter niedrigeren Sozialhilfebeiträgen leiden. Wieso wird das bis in die politische Mitte hinein akzeptiert?

Wolffers: Die sozial Schwächsten haben es in der Schweiz seit einiger Zeit schwer: Angetrieben durch einen Steuerwettbewerb unter den Kantonen werden für die Top-Verdiener und Unternehmen die Steuern gesenkt, gleichzeitig nimmt der Druck auf die Ärmsten zu.

ZEIT: Wo ist hier der Zusammenhang?

Wolffers: Durch die Steuersenkungen geraten die öffentlichen Haushalte aus dem Lot. Deshalb muss man sparen – und tut dies in hohem Maße bei den sozial Schwächsten.

ZEIT: Die Steuererträge nehmen doch auch zu.

Wolffers: Genau! Von 2007 bis 2016 haben die Sozialhilfekosten schweizweit um 900 Millionen Franken zugenommen. Im selben Zeitraum haben die Kantone und Gemeinden 12 Milliarden Franken mehr eingenommen. Aber darüber spricht niemand. Kommt hinzu, und das kann ich nicht oft genug wiederholen: Es gibt kein

günstigeres System als die Sozialhilfe. Sie sichert 275.000 Menschen die Existenz und verursacht nur 1,6 Prozent der Kosten aller Sozialwerke.

ZEIT: Aber die Kosten pro Fall nehmen zu. Und wer einmal in der Sozialhilfe ist, der bleibt immer länger dort – manche für immer.

Wolffers: Dafür gibt es zwei Gründe: Die verschiedenen Revisionen der Invalidenversicherung (IV) haben dazu geführt, dass sich die Zahl der Neurenten in den vergangenen zehn Jahren halbiert hat. Das sind 10.000 Leute pro Jahr, die früher eine IV bekommen haben. Viele von ihnen landen als Langzeitfälle in der Sozialhilfe.

ZEIT: Und der zweite Grund?

Wolffers: Der Arbeitsmarkt wird immer anspruchsvoller und braucht vor allem Fachkräfte. 50 bis 60 Prozent der Erwachsenen, die Sozialhilfe beziehen, sind ungenügend qualifiziert.

"Die Alternative wäre, einen gesetzlichen Mindestlohn einzuführen"

ZEIT: Was heißt das?

Wolffers: Sie haben keinen Lehrabschluss, keine höhere Bildung. Diese Menschen in den Arbeitsmarkt zurückzubringen wird immer schwieriger.

ZEIT: Warum?

Wolffers: Weil es immer weniger Jobs für sie gibt. Die Arbeitslosenquote bei den beruflich Unqualifizierten liegt real bei 11 Prozent. Wenn sich ein Sozialhilfebezüger auf einen Job bewirbt, ist die Konkurrenz deshalb riesig – und seine Chancen klein. Auch darum, weil er meist schon jahrelang arbeitslos ist.

ZEIT: Weil er sich zu wenig bemüht?

Wolffers: Nein, weil der Weg in die Sozialhilfe Jahre dauern kann. Erst wird man arbeitslos und nach zwei Jahren ausgesteuert. Bis man Sozialhilfegelder erhält, kann es noch einmal einige Zeit dauern, weil man erst dazu berechtigt ist, wenn das eigene Vermögen aufgebraucht ist.

ZEIT: Dann ist man bereits weg vom Fenster.

Wolffers: Studien zeigen: Wer zwei Jahre arbeitslos ist, wird im Durchschnitt nur noch einmal pro Jahr zu einem Vorstellungsgespräch eingeladen. Wir haben es hier somit nicht mit einem individuellen, sondern mit einem strukturellen Problem zu tun. (*Wolffers zieht eine Grafik aus seinen Unterlagen*) Bis zur Wirtschaftskrise von 1974 galt: Wer in der Schweiz keinen Job hatte und Sozialhilfe bezog, der hatte ein persönliches Problem. Danach aber begann die Arbeitslosigkeit treppenartig anzusteigen. Mit jeder weiteren Krise, in der die einfachen Jobs wegrationalisiert wurden, stieg die Sockelarbeitslosigkeit an. Das wird in der politischen Diskussion ausgeblendet.

ZEIT: Der Satz, "Wer arbeiten will, der kann auch arbeiten", gilt also seit 45 Jahren nicht mehr?

Wolffers: Der gilt je länger, desto weniger. Und auch der Satz "Wer arbeitet, verdient genug zum Leben", gilt nicht mehr: Ein Drittel der Sozialhilfebezüger

arbeitet, teilweise mit extrem niedrigen Löhnen. Ein Stundenlohn von 17 Franken ist leider eine Realität. Das reicht nicht zum Leben. Wir müssten die Sozialhilfe endlich als Auffangnetz unseres liberalisierten Arbeitsmarkts akzeptieren. Die Alternative wäre, es wie der Kanton Neuenburg zu machen und einen gesetzlichen Mindestlohn einzuführen.

ZEIT: Die politische Debatte läuft zurzeit in eine andere Richtung.

Wolffers: Ich finde es erbärmlich, ernsthaft darüber zu diskutieren, ob man sich in der Schweiz mit fünf Franken pro Tag anständig ernähren kann. Wir wissen alle, das geht nicht.

ZEIT: Die SVP fordert, dass nur jene Sozialhilfebezüger 100 Prozent des Grundbedarfs erhalten, die sich bewährt haben.

Wolffers: 30 Prozent der Sozialhilfebezüger sind Kinder. Wie sollen die sich bewähren?

ZEIT: Okay, aber die übrigen 70 Prozent?

Wolffers: Wie misst man, ob sich ein psychisch Kranker genügend angestrengt hat?

ZEIT: Es geht darum, Anreize zu schaffen.

Wolffers: Die Anreizlogik funktioniert in der Wirtschaft, vor allem bei hoch qualifizierten Managern und ihren Boni. Seit 2005 gibt es auch in der Sozialhilfe finanzielle Anreize. Es werden zusätzliche Gelder für besondere Integrationsleistungen und für Erwerbsarbeit ausgerichtet. Dennoch finden viele keine Stelle. Die am stärksten wachsende Gruppe in der Sozialhilfe sind die über 55-Jährigen. Der Arbeitsmarkt will sie einfach nicht mehr.

ZEIT: Das Staatssekretariat für Wirtschaft sieht das anders. Es hat vor einem Jahr eine Studie veröffentlicht, in der es mehr Anreize in der Sozialhilfe fordert.

Wolffers: In der ersten Fußnote schreibt der Autor Christoph Schaltegger, er gehe von einem Arbeitsmarkt aus, in dem jeder arbeiten könne, der arbeiten wolle. Nur gibt es den idealen Arbeitsmarkt in der Schweiz eben nicht. Die Studie hängt deshalb in der Luft.

ZEIT: Herr Wolffers, Sie haben vor zehn Jahren die Leitung des Berner Sozialamtes übernommen. Was hat sich in dieser Zeit verändert?

Wolffers: Die Städte und Gemeinden haben sehr viel in die Missbrauchsbekämpfung investiert. Heute haben wir ein aufwendiges und gut funktionierendes Kontrollsystem.

ZEIT: Trotzdem wollen die Kantone bei der Sozialhilfe sparen.

Wolffers: Heute geht es nicht mehr um den Einzelfall, in dem jemand das System missbraucht und deshalb sanktioniert wird. Heute geht es der Politik darum, die Leistungen für alle zu kürzen. Ich gehe aber davon aus, dass am Schluss nicht die Politik entscheidet, sondern die Gerichte. Wenn man den Grundbedarf losgelöst von sachlichen Kriterien massiv kürzt, ist das willkürlich und rechtsstaatlich nicht haltbar.

ZEIT: In drei Monaten treten Sie zurück. Würden Sie den Skos-Job wieder machen?

Wolffers: Ja. Es ist mir wichtig, mitzuhelfen, dass in unserem Land auch Menschen anständig behandelt werden, die nicht allein über die Runden kommen. Das ist eine

der wichtigsten Aufgaben des Sozialstaats. Dass wir heute über radikale Kürzungen diskutieren müssen, ist eine sozialpolitische Schande.